

Der Freiheitskämpfer

ORGAN DER KÄMPFER
FÜR ÖSTERREICHS FREIHEIT

1. Jahrgang, Nr. 6

25. Juni 1951

Preis L— Schilling

Nationalrat Anton Frisch - Bundesobmann

Leinkauf - Geschäftsführender Bundesobmann
Rupp - Stellvertreter

Freitag, den 8. Juni 1951, fand unter dem Vorsitz des mit der Leitung des Kuratoriums der OeVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten betrauten Wiener Obmannes Hans Jörg Leinkauf eine Kuratoriumssitzung der OeVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten statt, die sich mit der durch die Funktionsniederlegung des Nationalrates Dr. Fritz Bock geschaffenen Lage befaßte. Nach eingehender Diskussion, an der sich die Vertreter aller Bundesländer beteiligten, und die einstimmig eine Verurteilung der Handlungsweise des Nationalrates Dr. Bock brachte, wurde folgender Antrag einstimmig beschlossen:

1. Der Rücktritt des Nationalrates Dr. Fritz Bock wird zur Kenntnis genommen.

2. Der Landesverband Wien wird beauftragt, zu untersuchen, ob nicht der Fall eines die Vereinziele schädigenden Verhaltens vorliegt und dadurch ein Ausschließungsgrund gegeben ist.

Bei der darauf folgenden Neuwahl wurde einstimmig Nationalrat Hofrat Anton Frisch zum neuen Bundesobmann, Hans Jörg Leinkauf zum Geschäftsführenden Bundesobmann und Nationalrat a. D. Josef Rupp zum Stellvertreter gewählt.

Das Kuratorium stellte weiterhin fest, daß die Behauptung Dr. Bocks, in der Kameradschaft wären Kräfte stark, die Haß und Vergeltung wollen, absolut unrichtig ist. Demgegenüber wird darauf verwiesen, daß die

politisch Verfolgten innerhalb der OeVP vor und nach der Gründung der Kameradschaft konsequent und geradlinig die Idee der Rechtsgleichheit vertreten haben und fernab von allen Haßgefühlen nur einem dienen: Dem Wohle eines freien, demokratischen und unabhängigen Österreich.

Die neuen Obmänner versprechen, sich insbesondere für die Wiedergutmachungsansprüche der öffentlichen Angestellten, darüber hinaus aber für die Interessen aller politisch Verfolgten nachdrücklich einzusetzen.

Gemäß Beschluß des Kuratoriums befaßte sich der Vorstand des Wiener Landesverbandes der OeVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten in seiner Sitzung am 15. Juni 1951 mit dem Verhalten des früheren Bundesobmannes Nationalrat Dr. Fritz Bock.

In Gegenwart von Nationalrat Doktor Fritz Bock wurden alle Fragen in vollkommen offener Aussprache eingehend behandelt und vom Vorstand schließlich eindeutig festgestellt, daß ein Verhalten Dr. Bocks im Sinne des oben erwähnten § 9, Abs. 3, lit. b, nicht vorliegt. Damit kann festgestellt werden, daß keine Mißhelligkeiten zwischen Dr. Bock und der Kameradschaft bestehen und die Angelegenheit als abgeschlossen erscheint.

Wir verweisen in dem Zusammenhang auch auf den Artikel „Die Vorgänge in der Kameradschaft“ in dieser Nummer des „Freiheitskämpfer“.

Die Redaktion

Die Vorgänge in der Kameradschaft

Wie schäbig grinsten doch unsere Feinde von links und rechts, als sie am Morgen des 31. Mai 1951 aus der Presse den Rücktritt des Bundesobmannes Nationalrat Dr. Fritz Bock erfuhren. Sie können solche Ereignisse kaum begreifen, weil ihnen die Demokratie ein fremder Begriff ist. Noch weniger werden sie es aber verstehen, daß diese Nummer des „Freiheitskämpfer“ nicht mit einer Schimpfkanonade losfährt und den Kameraden von gestern als Schwein von heute erledigt.

Ja, weil wir durch und durch Demokraten sind, haben wir auch für den Schritt Bocks Verständnis und sind weit davon entfernt, ihm irgend etwas nachzutragen. Die Organisation hat den notwendigen Strich gezogen, irrtümliche Auffassungen, die durch Äußerungen Dr. Bocks entstanden sind, richtiggestellt und sich noch fester zusammengeschlossen.

Wer glaubte, daß die Existenz der Kameradschaft bald überflüssig sein werde, hat sich getäuscht. Immer stärker wird uns unsere Aufgabe bewußt. Desto mehr die Politik unseres Landes von den Grundsätzen der Befreiungstage abweicht, um so notwendiger wird unser österreichisches, demokratisches und christliches Bekenntnis, um so klarer wird es aber auch, daß neben der Gefahr von links eine innenpolitische Gefahr von rechts besteht, deren stärkster Damm nun einmal die bewußten Österreicher in unseren Reihen sind.

Neben diesen ideellen Aufgaben harren unser noch so viele Fragen der Lösung, daß unser fester Zusammenschluß mehr als notwendig ist. Wiedergutmachung der öffentlichen Bediensteten, Regelung der Opferfürsorge, die Frage der Renten und der-

gleichen mehr sind Forderungen, die wir unablässig stellen und für deren Durchsetzung wir alle Mittel und Wege suchen und gehen müssen.

Darum, Kameradinnen und Kameraden, zu früh hat sich die linke und rechte Reaktion gefreut, die OeVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten steht unerschütterlich auf ihrem Posten und kräftigere Hände, als uns bisher führten, haben nun die Zügel übernommen.

Mit vereinten Kräften, tief verankert in unserer Weltanschauung, gehen wir unbeirrt dem österreichi-

schen und christlichen Weg für eine bessere Zukunft. Wir haben keine Ressentiments, weder gegen die Kräfte von gestern, noch gegen Kameraden, die uns heute nicht begreifen. Wer aber die Hand erhebt und auf uns zuschlägt, den werden wir parieren, wo immer er steht und wer immer er sein möge. Die Furcht haben wir vor der Gestapo und in den KZs abgelegt. Die Stärke unserer Überzeugung und die Kraft unserer Gesinnung werden sich schließlich gegen die dunklen Kräfte von links und rechts und nicht zuletzt auch in dem eigenen Reihen restlos durchsetzen.

das Ende der Demokratie brachte, müßte allen Politikern von heute eine Warnung sein, nicht den gleichen Weg zu gehen.

Rechtsblockpolitik?

Wenn daher trotzdem von einer Reihe aktiver OeVP-Politiker, an ihrer Spitze Herr Dr. Gschützler, die Forderung nach einer bürgerlichen Einheitsfront, einem Rechtsblock und schließlich einer Koppelung der Listen bei der nächsten Wahl zur Vorbereitung einer Rechtskoalition erhoben wurde, dann scheinen diese Kreise aus der Geschichte nichts gelernt zu haben. Oder sollte man annehmen, daß sie ernsthaft mit dem Gedanken einer ähnlichen Entwicklung spielen, wie sie die erste Republik durchmachte, die mit „*Republicanism Schutzbund*“ begann und auf den Barrikaden ihr blutiges Ende fand?

Die Kraft und Stärke Österreichs liegt im festen Zusammenstehen von Arbeitern und Bauern. Das allein verbürgt eine große, breite Koalition, die allen Widerständen Trotz bietet. Wird diese Koalition, zu der allerdings auch kompromißbereitete Koalitionsgesinnung gehört, gefestigt, dann sinken die antiösterreichischen Rechts- und Linksruppen zur Bedeutungslosigkeit herab. Es wird ihnen an Einfluß fehlen, sie werden das Sammelbecken all jener bleiben, die nun einmal als Oesterreichshasser und Ungläubige niemals ihr Heimatrecht in diesem Lande sich verdienen. Vielleicht wird der Zeitpunkt nach einer wirklichen Befreiung es auch gestalten, diese Gruppen dorthin zu verweisen, wo sie hingehören. Die Demokratie wird zu ihrem eigenen Schutz diesen roten und braunen Wühlmäusen die Löcher stopfen.

Die politische Lage nach der Bundespräsidentenwahl

In eindrucksvoller Weise demonstrierten die beiden Wahlgänge der Präsidentenwahl die heute in unserem Volke wirksamen Kräfte. Bürger, Bauern, Handwerker als der große Stock des konservativen, christlichen, österreichisch gesinnten Volkes — die Wählerschaft der „*Oesterreichischen Volkspartei*“. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft, Teile der Angestellten als der massive, ebenfalls seiner Partei gegenüber und auch im Bekenntnis zu Österreich konservativ — der Block der SPÖe-Wähler. Links von der SPÖe die radikal-marxistischen Elemente, Österreich fremd und nach dem Osten gebunden — die Wähler der kommunistischen Partei in der lächerlich geringen Stärke von 5 Prozent. Rechts von der OeVP die deutschnationalen, liberalen, freisinnigen, vielfach antichristlichen und antidemokratischen Kräfte, die im VdU und ähnlichen Organisationen und Komitees ihre Unterkunft gefunden haben. Sie fallen genau so wenig ins Gewicht wie die Kommunisten, wenn nicht eine starke Kraft dieses Landes sie ergänzt.

Ein Blick auf die Wahlergebnisse in der ersten Republik zeigt uns folgende Entwicklung:

1919:	Sozialdemokraten	40,76	Prozent
	Christlichsoziale	35,93	„
	Deutschnationale	18,26	„
1920:	Sozialdemokraten	35,91	Prozent
	Christlichsoziale	41,82	„
	Deutschnationale	17,28	„
1923:	Sozialdemokraten	39,6	Prozent
	Christlichsoziale	45	„
	Deutschnationale	12,76	„

1927:	Sozialdemokraten	45	Prozent
	Christlichsoziale (Einheitsliste)	49	„
	Deutschnationale	6	„
1930:	Sozialdemokraten	41,15	Prozent
	Christlichsoziale	35,65	„
	Deutschnationale	17,68	„

Diese Zahlen sagen uns, daß die Verschiebungen zwischen den konservativ-christlichen und konservativ-sozialistischen Kräften sehr unbedeutend waren, die deutschnationalen und großdeutschen Kräfte über 18 Prozent niemals hinausgekommen sind. Die Tatsache, daß in der ersten Republik durch einsechshalb Jahrzehnte eine Rechtsblockpolitik betrieben wurde, die schließlich die regierungsstarke Oppositionspartei auf die Straße trieb, zu den furchtbaren Ereignissen 1934 führte und schließlich

Politik der Mitte und Koalition!

Wenn im Zeitpunkt des Redaktionsschlusses uns die erfreuliche Nachricht erreicht, daß die OeVP sich weiterhin zum österreichisch-nationalen, christlichen Kurs bekennt und damit dem Wunsche ihrer Stamm- und Grundstimmwähler Rechnung trägt, in der großen Koalition verbleibt und damit die nationalliberalen Kreise endgültig vor die Tür setzt, so können wir mit dieser Lösung zufrieden sein.

Das Bekenntnis der OeVP zur Zusammenarbeit mit den Sozialisten, ihr Beharren auf ihrem weltanschaulichen Kurs sind wirksame Beiträge zur Konsolidierung Österreichs. Nach den Monaten der hochgehenden politischen Wogen, in denen sich die brau-

nen und roten Quallen sehr wohl-fühlten, wird nun wieder frisches Wasser die Wogen glätten und aus denen, die glaubten, Hechte im Karpfenteich zu sein, stinkende Kadaver werden lassen.

Oesterreich kann aufatmen. Sein Volk hat aus der Geschichte gelernt, schließt sich enger zusammen und schüttelt die wickelich Ewiggestrigen ab, wie der gesunde Körper krankheitbringende Bazillen.

Damit ist der Weg frei für weiteres Aufstiege und Erfüllung unserer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben.

Franz Kittel

Bundesobmann

Nationalrat Anton Frisch



Landesobmann von Burgenland, Landes-
schulinspektor für das Burgenland, Hofrat,
1928 bis 1929 Stadtrat in Neusiedl, Landes-
rat, 1938 bis 1945 vom Schuldienst entlassen,
KZ Dachau, Schutzhaft.

Geschäftsführender Bundesobmann
Hans Jörg Leinkauf

Landesparteisekretär, Landesobmann von
Wien, angeklagt wegen Vorbereitung zum
Hochverrat, zwei Jahre Haft, Mitbegründer
der „Volkskollaborität“.

Stellvertretender Bundesobmann

Nationalrat a. D. Josef Rupp



Landesobmann von Niederösterreich, fünf
Jahre KZ-Haft, aktive Mitarbeit bei der
Opferfürsorgegesetzgebung im Parlament.

Nordische Lügen

Ein Käseblättchen übelster Sorte, das sich „Oesterreichischer Beobachter“ nennt und von der Nationalen Liga herausgegeben wird, besitzt die teutonische Frechheit, in Nummer 8 vom 24. Mai 1961 die gemeine und verleumderische Behauptung aufzustellen, daß am Abend des 6. Mai 1961, also am Tage der ersten Wahl für den österreichischen Bundespräsidenten, in den Räumen der OeVP-Bundesparteileitung, Wien I, Kärntnerstraße 31, eine Bundes- und Landesleitungssitzung stattfand und in dieser sagenhaften Sitzung unser Kamerad Minister a. D. NR. Altenburger beantragte, die im Verbotsgesetz vorgesehenen und bisher noch nicht gänzlich ausgeschöpften Sanktionen gegen ehemalige Nationalsozialisten zu ergreifen und KZs für belastete Nationalsozialisten zu errichten. Wie dieses Schmierblättchen unter anderem behauptet, würde dieser Antrag auch

von mir unterstützt. Abgesehen davon, daß diese Sitzung niemals stattfand, gehöre ich Gott sei Dank zu jenen Menschen, die jedes KZ ablehnen und die keine Gelegenheit verschäumen, um festzustellen, daß in einem Rechtsstaat letzten Endes nur jene Menschen hinter Schloß und Gitter oder auch hinter Stacheldraht zu setzen sind, die von einem ordentlichen Gericht auf Grund eines Gesetzes und von unabhängigen Richtern verurteilt werden. Gerade wir politisch Verfolgten, die am eigenen Leibe verspüren mußten, was es heißt, einer Willkürherrschaft ausgeliefert zu sein, und daher oft ohne jeden Grund der persönlichen Freiheit beraubt worden sind, wissen, was KZ und Zuchthaus bedeuten. Gerade wir politisch Verfolgten der OeVP waren immer diejenigen, die unseren Leidensgefährten, die heute einen anderen politischen Weg gehen, erklär-

ten, so lange sie nicht mit uns gemeinsam gegen jede KZ-Errichtung Stellung nehmen, es kein gemeinsames Marschieren gibt. Diesen Standpunkt haben wir immer vertreten und werden ihn niemals revidieren.

Wenn ich es nicht als unter meiner Würde betrachten würde, hätte ich ohne weiteres die Möglichkeit, den verantwortlichen Schriftleiter dieses Blättchens vor Gericht zu ziehen. Ich lehne es aber ab, mit Personen, die glauben, unter dem Deckmantel der Demokratie aufrechte Oesterreicher beleidigen zu können, mich vor einem Gericht herumzuraufen. Darüber hinaus glaube ich, es meiner staatsbürgerlichen Pflicht schuldig zu sein, daß ich die heute an sich so überbüderte österreichische Richterschaft mit solchen Dingen nicht belästige.

Den Schreibleringen dieses sogenannten „Oesterreichischen Beobachters“ müge aber gesagt sein: Sie mögen als angebliche Beobachter Oesterreichs dafür sorgen, daß dieses Land,

(Fortsetzung auf Seite 4)

Dreht sich das Rad schon jetzt?

Kaiser von den KZlern, Freiheitskämpfern und sonstigen politisch Verfolgten der Nazizeit hat bis jetzt Entschädigung für drei-, vier-, fünf- und siebenjährigen Verdienstentzug gefordert, obwohl die meisten von uns so gestellt sind, daß sie eine Entschädigung für die Zeit, da sie außer Dienst gestellt und im Dritten Reich eingesperrt waren, dringender benötigen. Das war menschlich überausfündig, wirtschaftlich eine Torheit; letzteres um so mehr, weil die Entregistrierten, sofern sie im Staatsdienst standen, für die Zeit ihrer Austerdienststellung im nachhinein Nachzahlungen erhielten. Weil die Nazis entschädigt wurden, ist unser früheres Verzicht hinfällig. Was für die Nazis als Recht anerkannt wurde, dürfte zumindest im gleichen Maße für uns KZler und politisch Verfolgten ebenfalls billig sein. Oder ist dem nicht so? Gelten Recht und Humanität nur für die, durch deren Mitschuld und Ansehlußguschrei Österreich 1938 vor die Hunde, d. h. durch militärische Zwangsbesetzung im Dritten Reich aufging? Ueber 600.000 Stimmen wurden, trotz oder gerade wegen unseres Entgegenkommens, beim ersten Wahlgang zur Präsidentenwahl für den „überparteilichen“ Kandidaten Breitner abgegeben, von dem die Spatzen ganz Österreich von den Dächern pfeifen, er sei in Wahrheit der Kandidat all derer, die sich im VdU als eine besondere Spezies Österreicher gesammelt haben, nicht zu Nutz und Frommen unseres Landes. Das mußten wir uns in den Tagen, da die

(Fortsetzung von Seite 2)

Nordische Lügen

dessen Namen sie schon in ihrer Zeitung verwerfen, ein wirklich unabhängiges und freies Land bleibt. Sie mögen dafür sorgen, daß es nie wieder dazu kommt, daß Menschen nur deswegen, weil sie eine ehrliche Ueberzeugung und Gesinnung besitzen, KZs kennenlernen müssen und sie mögen auch dafür sorgen, daß nicht durch Brunnenvergiftung ein ganzes Volk, wie schon einmal, in politische Abenteuer hineingestürzt wird. Sie mögen aber auch letzten Endes zur Kenntnis nehmen, daß politische Verleumdungen noch niemals dazugeführt haben, ein Volk zu einigen und ein nur durch außenpolitische Ereignisse so schwer krank gewordenen Volk zur Gesandung zu bringen.

Hans Leinkauf

westdeutschen Journalisten bei uns zu Besuch waren, unverblümt von diesen Nachhäterreichern sagen lassen. Sie sagten uns noch viel mehr. Sie sagten, sie seien in Oesterreich sehr gut aufgenommen worden, hätten aber beim Besuch mancher großer Produktionsstätten das Gefühl gehabt, daß sie noch herzlicher aufgenommen worden wären, wenn sie nicht Journalisten der CDU und der SPD, sondern weiter rechts orientiert gewesen wären. Sie sagten weiter ganz unverblümt, warum wir uns in der Frage des „Deutschen Eigentums“ nicht mit der Gegenfrage nach dem zerstörten österreichischen Eigentum zum Wort melden. Warum wir nicht an Bonn die Frage richteten: Warum entschädigt ihr uns nicht für die schlechte Konversion des gut gedeckten Schillings von 1937? Warum nicht für den verachteten Goldschatz der Nationalbank? Warum nicht für den Ausverkauf von 1937? Warum nicht für die zerstörten Häuser, staatlichen und städtischen Gebäude, Oper, Burgtheater, Stephansdom, Kriegsministerium am Stubenring? Ihr habt das alles nicht kaputt gemacht, sondern es ging durch den von Hitler inszenierten Krieg in Brüche. Das müßten alles die Deutschen von Rechts wegen bezahlen,

nicht aber ihr mit euren Steuergroschen! Ebenso fällt eure Besatzungsteuer und alle, was die Alliierten euch besetzten und beschlagnahmten, dem deutschen Steuerfiskus zur Last, da wiederum nur durch den Hitler-Krieg diese Verluste euch zugefügt wurden. Stellt ihr das alles zusammen und zieht davon ab, was die Deutschen bei euch gegen euren Willen nur um ihres Vorteils und zur Hebung ihres Kriegspotential abgekauft haben, dann bleiben euch noch genug der Forderungen an Deutschland. Damit könntet ihr euer Land aufbauen und noch eure ganzen politischen Häftlinge und Verfolgten reichlich entschädigen. Warum tut ihr das nicht? Die Deutschen halten euch deshalb für dumme. Im umgekehrten Fall würden sie nicht zögern, so zu handeln.

Das mußte man sich im Mai dieses Jahres von reichsdeutschen Journalisten privat sagen lassen, wenn es auch an offiziellen Stellen wahrscheinlich nicht so deutlich gesagt wurde. Wenn man ehrlich ist, haben die Herren recht gehabt. Es war aufrichtiger als unsere „Politik“, die die eigenen politischen Verfolgten durch die Finger schauen läßt, damit nur ja kein Ex- oder Neonazi sich auf seine nationalen Hühneraugen, die ja doch von außerhalb der Grenzen Österreichs bezogen wurden, getreten fühlt. Wenn jemand erklärt, die Argumentationen der Deutschen seien falsch, so beweise er es.

Dr. Bernhard Birk

Unter der Lupe

Nach einer Presseerklärung, die nach einer Bundesleitungsitzung des VdU herauskam, soll dieser die „Partei der Mitte“ sein. „Der Lale stonst, der Kenner lüchelt“, kann man dazu nur sagen. Wenn wir sie nicht kennen würden, die „Brüder“, die anfangs persönlich meist die Hilfe der ÖVP in Anspruch nahmen, als sie diese aber erhalten, schnell ihr Panier, ihre Fahne wechselten und dann loszogen gegen alles, was die Mitte, was Oesterreich bedeutet. Wie soll das enden, wenn falsche „Mittelkürmer“ meistens rücksichtslos auf den äußersten Seiten spielen?

Der Sieg des „weiten Barter“ bei der Bundespräsidentenwahl ist auffallend. Nach Hainisch und Renner jetzt Körner — übrigens erfüllte sich das Gesetz der Serie —, läßt uns fast glauben, daß ein Großteil dieser Wähler im Unterbewußtsein die Persönlichkeit und Würde des alten Kaisers Franz Josef vor Augen gehabt hat. Welch ungläubliche Wirkung, welchen Zauber muß doch diese vergangene Zeit selbst auf jene Sozialisten, die

ja so gerne alles, was mit der Vergangenheit und damit mit der Monarchie zusammenhängt, ohne anzusehen, ablehnen, ausgeübt haben? Selbst die anderen Wähler, die aus begrifflichen Gründen Gleitner die Stimme gegeben haben, sahen und sahen in Körner eine repräsentative Erscheinung, der man als Staatsoberhaupt die Achtung nicht versagen darf und wird. Wir hoffen, daß diese unsere demokratische Einstellung zur Wahl von der Gepeitsche, vielleicht bei einer anderen Gelegenheit, berücksichtigt und entsprechend positiv quittiert wird.

Lustig flattert die „Friedensstaube“ dahin und an diesen und jenen Grenz marschieren wieder kriegstarke Armeen auf. Eine Nation fordert von der anderen Nation dieses oder jenes Gebiet und Recht und alle glauben, daß das Recht nur für sie selbst da ist, während die Pflicht, dieser Forderung zu entsprechen, aber nur von den anderen zu erfüllen ist. Niemand denkt scheinbar, daß außer den eigenen auch noch Interessen der anderen vorhanden und zu berücksichtigen sind. Dem Frieden dienen heißt, manchmal auch auf eigene Wünsche und sogenannte Rechte im Interesse der Menschlichkeit zu verzichten. K. K.

WIR SAGEN:

JA

... zu den neuen Bundesländern der Kameradschaft. Frisch, Leinkauf und Rupp sind weit über den Kreis unserer Kameradschaft hinaus Begriffe für alle politisch Verfolgten. Sie sind rücksichtslose Verfechter unserer Interessen.

... zu Figl als neuen Bundeskanzler. Auch wir üben Kritik und sind nicht immer mit allem einverstanden. Aber für uns ist Figl die Fahne, auf der Christentum und Österreich steht. Für uns ist Figl der KZler, der auch als Bundeskanzler ein solches geblieben ist. Gerade deshalb der Haß aller unserer Feinde gegen ihn.

... zum Wiederaufbau in unseren Ländern. Wien gleicht einem großen Bienenhaufen. Emsig wird Tag und Nacht gearbeitet. In Dörfern und Städten wachsen neue Häuser, Fabriken und Schulen aus dem Boden. Wir freuen uns über den jüngst eröffneten Kremser Bahnhof genau so wie über Linz und den Wiener Westbahnhof. Sie alle kündigen von dem ungeheuren Leistungswillen unseres braven Volkes.

... zur Beschlagnahme des „Kameraden“ und der Verhaftung seines verantwortlichen Redakteurs. Wir haben wiederholt im „Freiheitskämpfer“ auf dieses schmutzige Blättchen und dessen niedertrüchtige Schreibweise gegen uns hingewiesen. Nur scheint es uns ein wenig lange gedauert zu haben, bis man diese Tendenz zum höheren Ortes bemerkte. Vielleicht könnte man sich auch den „Oesterreichischen Beobachter“ und die VdU-Blätter ein wenig genauer ansehen. Es gibt keine Nummer dieser Asphaltpresse, die nicht beschlagnahmt geht.

... zu unserem KZ-Kameraden Doktor Alfred Mlekta als geschäftsführenden Generalsekretär der OeVP. Wir hoffen, daß wir bei ihm als Kameraden Verständnis finden werden und er unserer Kameradschaft im Rahmen der Partei jenen Platz einräumt, der ihr zusteht.

... zu unserem neuen Bundespräsidenten Dr. h. c. Theodor Körner, weil wir Demokraten sind und ein Votum unseres Volkes anerkennen und achten. Ob die vereinigten Schärff-Breitner-Koppenig-Wähler Körners bei einem Sieg Gößlers auch so taktvoll und demokratisch gedacht und gehandelt hätten, ist zu bezweifeln!

**NIEMALS
VERGESSEN!**

HUGO VON HOFMANNSTHAL:

Der Oesterreicher biegt alle ins Soziale um. Selbstironie kennzeichnet ihn, wie den Preußen Selbstegefühl. Der Preuze ist selbstgerecht, ansatzlos, schulmeisterlich, der Oesterreicher verschämt, eitel, nötigig. Er weicht Krisen aus, auf die der Preuze drängt. Dieser ist unfähig, sich in andere hineinzuversetzen, während der Oesterreicher das Hineinsetzen bis zur Charakterlosigkeit treibt. Seine Ironie geht bis zur Auflösung, das Private herrscht vor. Während beim Preußen das Geschäftliche im Mittelpunkt steht.

RICHARD VON KRALJIK:

Ich bleibe trotz allem dabei, daß der österreichische Gedanke der zukunftsreichste, der vorgeschrittenste politische Gedanke ist. Wir verdanken dieses österreichische politische Missos der Vorahnung Gottes, die uns hier an dem Kreuzweg der Nationen, an die Achse der politischen Welt gestellt hat. Die österreichische Mission hat Gott ebenso wie einst die zehn Gebote auf Stein eingekapstelt verzeichnet, nämlich auf dem roten Stein unserer Gebirge und Täler, unserer Flußbetten... Auf die Dauer kann der Unsinn über den Sinn nicht siegen.

HERMANN BARR:

Der Oesterreicher ist in seinen bebängenen Eckenplätzen ein Entrurf, 98-wissenslos ein erster Versuch des Europäers. Sonst kommt ja der Europäer bisher nur als Idee vor, als Wunsch, als Intention bei Schwärmern, aus dem eigenen Volk geistig Verbannenen, vom eigenen Volk Enttäuschten. Nur in Oesterreich gab es immer schon einen ganzen Kreis von Menschen, die ergebnen und heineswegs innerlich insüßlich, stark an Heimat festgehalten, so wenig sie geneigt oder auch nur fähig sind, eine andere als die österreichische Luft zu atmen, dennoch auf eine pekelminimale Art geistig über ihr Volk, über ihre Staat, ja über sich selbst hinaus und gewissermaßen dakein, zugleich aber auch noch in einer anderen Welt leben. Sie sind nicht international, dieses Wort paßt auf sie gar nicht, sie sind ganz annerkennend und unerkennend, Stockösterreicher auf den ersten Blick, beim ersten Wort, ja schon an ihrer Haltung und jeder Gebärde kenntlich, aber ohne darauf zu pochen, ohne mit ihrer Landeszart starrzustarren.

WIR SAGEN:

NEIN

... zum Veit-Harlan-Film, erklärte der Landtagsgruppenhmann Nationalrat Kainer bei der Jahreshauptversammlung der OeVP-Kameradschaft Salzburg. Nicht, weil wir gegen die künstlerischen Fähigkeiten des Hauptdarstellers oder gegen den Inhalt demonstrieren wollten, sondern deshalb, weil Harlan mit Beitrag zum Rassenhaß, der mit der Vernichtung der Juden begann und bei der Vernichtung aller aufrechten, unbüßsamen gläubigen Menschen endete.

... auch dazu, daß sich ein politisch Verfolgter gefunden hat, der als Kinobesitzer nichts daran fand, diesen Film des Veit Harlan zur Uraufführung zu übernehmen. Sollte doch in diesem Fall ein geschäftlicher Erfolg mehr wiegen, als die Erinnerung an die hunderttausenden Opfer, die der Rassenhaß im Dritten Reich gefordert hatte?

... zum Festvortrag des Herrn Hjalmar Schacht, der die Gelegenheit benützte, um gerade auf österreichischem Boden die Leistungen des Dritten Reiches hervorzuheben. Wir glauben, daß die österreichische Demokratie bei aller Weitherrigkeit und Gasfreundschaft, doch solche Tiraden ablehnen kann und in Zukunft ablehnen wird müssen, soll sie nicht selbst in Gefahr gebracht werden. Auch 1933 hat es so begonnen. Zuerst die deutschen Wirtschaftsfachleute, dann die deutschen Wissenschaftler und zuletzt die deutschen Politiker. Daß den Vortrag Schachts seine ehemaligen Parteigenossen besuchten und diese einen Zwischenruf nach alter Manier zur Tür hinaus beförderten (es fehlten bloß des Führers Hundspitzen), mag nebenbei bemerkt sein.

... zu Dr. Canaval, der, selbst ehemaliger KZler, sein Organ „Salzburger Nachrichten“ zum Sprachrohr aller feindfeindlichen Tendenzen macht. Wer den Geschäftsmann Canaval kennt, wundert sich kaum darüber. Einet Mitarbeiter und Mitbesitzer am Jüdischen „Telegraph“ in Wien, ist er den Weg des Geschäftlichen gegangen und schließt aus der Tatsache, daß es in unserem Lande noch Leute gibt, die deutler bis in die Knochen sind, Kapital. Daß er aber bei Schacht den Vorsatz führte, geht entschieden zu weit und wird wohl manchen ehemaligen Kameraden des Herrn Canaval dazu bewegen müssen, einen scharfen Trennungspunkt zwischen sich und diesem Herrn zu ziehen.

ENGELBERT DOLLFUSS

Der 17. Todestag Engelbert Dollfuß ist uns Anlaß, die Persönlichkeit dieses großen Österreichers zu würdigen. In einer Zeit, die von uns eindeutige weltanschauliche Haltung kategorisch fordert, gehört mit zu den weltanschaulichen Grundrissen auch das Bekenntnis zu Österreichs Tradition. Eine der unstrittigsten und vielleicht gerade deshalb so bedeutendsten Staatsmänner der ersten Republik war Dr. Engelbert Dollfuß. Er war Fels für unsrechtes, konsequentes österreichisches und christliches Bekenntnis und erstes Opfer am Beginn einer furchtbaren Zeit.

Wir wollen zwei Würdigungen aus seiner Zeit folgen lassen. Die eine kritisch aus der Feder des damaligen Vizebürgermeisters der Stadt Wien, Dr. Ernst Karl Winter, die andere aus einem Buch „Volk am Werk“ von 1935.

Aus „Volk am Werk“:

Dr. Engelbert Dollfuß entstammt einem alten niederösterreichischen Bauerngeschlecht. Ueber 300 Jahre bereits ist der Stammbaum seiner Familie in direkter Linie in Niederösterreich im Viertel unter dem Wienerwald nachweisbar. Am 4. Oktober 1882 wurde er in Texing bei Kirchberg an der Mank geboren. Ein edler Priester ließ ihn studieren. Kaum war er an der Hochschule, kam der Weltkrieg. In leidenschaftlicher Begeisterung für Heimat und Volk zog er als Freiwilliger ins Feld und kämpfte vier Jahre lang an den Tiroler Grenzen unter Österreichs Fahnen. Als Oberleutnant, vielfach ausgezeichnet, einmal verwundet, kam er zurück, tief erschüttert von dem tragischen Geschehen der Umsturztage, aber ungebrochen in jugendstarker Arbeitslust und Energie. Er wurde Bauernsekretär, Kammersekretär, Kammeramtsdirektor usw. Aber all das war nur äußere Formung seiner Stellung. Er wurde und war von Anfang an Bauernführer. Man muß ihn gesehen haben, wenn er — gleichgültig ob als junger Kammersekretär oder später als Kanzler — mit seinen Bauern sprach. Da sprach Blut zu Blut, da sprach Freund zu Freund. Und wenn einmal die Geschichte der Agrarpolitik und der Agrarwirtschaft des Nachkriegs-Oesterreich geschrieben wird, da wird ganz obenauf der Name Doktor Engelbert Dollfuß in goldenen Lettern geschrieben werden müssen. Wenn man aber in die Herzen der Bauern Oesterreichs sehen könnte, draußen im Flachland oder hoch oben im Gebirge, da ist schon heute ganz tief drinnen der Name Engelbert Dollfuß unverwischbar eingekerbt.

Und dann kam die Weltagrarkrise und in ihrem Gefolge die Weltwirtschaftskrise. Wieder war es Dr. Dollfuß, der als Pionier jetzt nicht nur der österreichischen, sondern der gesamten europäischen Landwirtschaft

neue Wege aufzeigte zur Lösung der unlösbar scheinenden Wirtschaftsfragen. Schon im Jahre 1927 hat Doktor Dollfuß in eindringlicher Weise, freilich volltätig als Berater in der Wüste, eine durchgreifende Neuordnung des europäischen Wirtschaftsraumes gefordert. Nach wenigen Jahren waren die anfangs belächelten Reformvorschläge des Agrarexperten beim Völkerbund Dr. Dollfuß Gemeingut der europäischen Handels- und Wirtschaftspolitik geworden und wichtigster Inhalt der großen internationalen Konventionen der letzten fünf Jahre. Auch das erste große handelspolitische Vertragswerk, das in der letzten Zeit auf dem Gebiete der Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik Europas geschaffen wurde, der Römer Pakt zwischen Oesterreich, Italien und Ungarn, ist in seiner gesamten Tendenz auf diesen seit Jahren bereits von Dr. Dollfuß verfochtenen grundsätzlichen Vorschlägen aufgebaut und bedeutet gewissermaßen die Krönung seines vieljährigen Kampfes um die Schaffung neuer Wege in der zentralen und gesamt-europäischen Handelspolitik.

Man würde aber Dr. Dollfuß nicht ganz in seiner umfassenden Bedeutung für das neue Oesterreich erkennen und verstehen, wenn man nur die staatspolitische und die wirtschaftspolitische Tätigkeit berücksichtigen würde. Es genügt auch nicht die Tatsache, daß alles, was in den letzten zwei Jahren in Oesterreich geschah, auf welchem Gebiete auch immer, das meiste, was in diesen Tagen geschieht und daß vieles, was noch geschehen wird, im Ursprunge auf Dollfuß, seinen Willen und sein Wollen zurückgeht. Selbst bis über das Grab hinaus wirkt die lebendige, aufbauende Ener-

gie dieses Kanzlers. Trotzdem, sein Grüßtes und Bestes hat Dollfuß auf anderen Gebieten gegeben.

Dollfuß war ein niederösterreichisches Bauernkind und ist es in seinem Herzen stets geblieben: der niederösterreichische, nicht frömmelnde, sondern tief und wahrhaft gläubige Sohn der Kirche, der an das wunderbare Geheimnis des Waltens einer bestimmten Vorsehung glaubt, gleichzeitig aber auch im Innersten die Tiefe der Mitwirkung bis zur Aufopferung an der Erfüllung einer Sendung erfaßt hat. Und so hat Dr. Dollfuß nicht nur um die politische Unabhängigkeit und Freiheit unseres österreichischen Vaterlandes gekämpft, so hat Dr. Dollfuß nicht nur die Schwärze aufgetürmt, um den wirtschaftlichen Bestand seines Heimatlandes in jeder Richtung zu sichern, sondern hat auch um die Seele des österreichischen Volkes gekämpft. Mehr als tausend Jahre Geschichte des österreichischen Imperiums erwachten in der Wiederzurückführung der österreichischen Verfassung auf die Grundsätze des katholischen Staates. Was der Priester Dr. Seipel wollte, das hat der reale, nüchterne Wirtschaftspolitiker Dr. Dollfuß wahrgemacht. Und noch eines: Dr. Dollfuß hat nicht nur die katholische Seele Oesterreichs zu neuem Leben erweckt, er hat auch die österreichische Seele selbst, die jahrelang durch fremdartige Einflüsse verschüttet war, in jedem Oesterreicher wieder zum Aufklingen gebracht. Im Geiste des heiligen Leopold, des Schutzpatrons und Führers der alten Ostmark, wollte er ein neues, glückliches Oesterreich schaffen, ein lebendiges Oesterreich, das — wie er sagte — nicht bloß ein Museum wertvoller historischer Erinnerungen sein dürfe, sondern der berufene große Mittler.

Dr. Ernst Karl Winter:

Daß der 25. Juli möglich war, ist vielen noch immer ein Rätsel. Und doch liegen die Ursachen klar zutage. Der Schuldtragende ist derselbe antimarkistische Komplex, der den 7. März und den 12. Februar mitbewirkt hat. Im Falle des 25. Juli kann man diese Ursächlichkeit im einzelnen nachweisen. Monatlang hatten wir

Oesterreich über all

— FAHNE UND OPFER

uns um die Generalliquidierung des 12. Februar bemüht und — nahezu nichts selbst in der Richtung einer etappenweisen Liquidierung erreicht. Weniger infolge grundsätzlicher Ablehnung dieser Vorschläge durch die Staatsführung, als infolge der Auflehnung des Apparats gegen die Verständigungsparole überhaupt. Der 25. Juli brachte es an den Tag, daß dieser Tag, daß dieser Apparat bedenklliche Stellen aufweis und daß die Vermutung, es ständen hinter seiner primitiv antimarxistischen Reaktion nicht selten sehr massive nationalsozialistische Tendenzen, nicht unberechtigt war.

Der machtpolitische Ring allein freilich genügt nicht, so notwendig es geworden ist. In der Front der europäischen Völker gegen ein Deutschland, das sich in den Bluttagen des Juni und Juli sichtbar ausgeschlossen hat aus der Kulturgemeinschaft der Völker, muß der Kitt der beiden zeitoffenen und zukunftsreichsten Gruppen, die es unter diesen Völkern gibt, in Erscheinung treten: des sozialreformatorischen Konservatismus (und insbesondere des Katholizismus) und des staatsbewußten Sozialismus, der sich überall aus den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung emporringt.

Die Kooperation dieser beiden Gruppen in einer gemeinsamen politischen Aktion geht, soweit Oesterreich in Frage steht, auf Dollfuß zurück und hat, soweit das Schicksal Oesterreichs fruchtbar und vorbildlich werden kann, für Europa durch den 25. Juli einen europäischen Rahmen gewonnen. Als der verstorbene Kanzler mich nach den Februartagen zum Treuhänder der österreichischen Arbeiterschaft berief (und mir später hies auch eine offizielle Funktion als Vizebürgermeister der Stadt Wien gab), da trieb ihn wie immer in seiner Politik ein tiefer Instinkt: das Gefühl, am 12. Februar vielleicht zu viel gestiegen zu haben. Eine klare Vorstellung freilich, wohin diese Bestellung eines theoretischen Soziologen, den schon deshalb die Antiantellektuellen

einen „Marxisten“ schimpfen, zu einer gut gemeinten, aber gewiß nicht gerade als staatskonstruktiv gedachten Verständigungsaktion führen würde, lag diesem Beginnen sicher nicht zugrunde. Absichtlich wurde die Arbeiterschaft als analoge Organisationseinheit wie die Bauernschaft oder das Bürgertum (Industrie und Gewerbe) bei der Neugestaltung der Verhältnisse übersehen und nur Schritt für Schritt können wir den gegenteiligen

mehr ungeschehen gemacht werden kann —, so war es nichts anderes als diese Selbstdurchsetzung, die uns Schritt für Schritt weitergeführt hat. Daß diese Selbstdurchsetzung aber möglich war, ist das historische Verdienst des verstorbenen Kanzlers, der auch, wo er nicht ganz einverstanden war, mit dem, was ich tat und sprach, es dennoch tolerierte. Wenn demnach heute unsere politische Aktion, die „Aktion Winter“, wie sie genannt

EWIGES OESTERREICH

Du schönes Oesterreich, aus deiner Erde strömt Musik in zauberhaften Tönen
Du bist der Schöpfung Kleinod, dich hat Gott geliebt,
Dir gab er auserles'ne Schätze, schenkte dir soviel vom Schönen,
Erstete dich oft trotz vieler Feinde böser List.

Du bist die Mutter von viel reich begabten, weltberühmten Söhnen,
Du bist Europas Herz, trotzdem du klein gewesen bist,
Dich güteten viele Herrschergewaltige mit Leid und Tränen,
Doch durch ein Wunder stets zerbrach der Vögte Machtgelüst.

Wir lieben dich und küssen um dich heilige Muttererde,
Gott helfe uns, daß uns're Heimat nie mehr unfrei werde,
Musik entströmt aus deinem Innern, Frieden will sie künden.

Ihr zauberlicher Klang will es den Herzen aller Völker finden,
Für diese Klänge klingt die wunderbare Weise: „Oesterreich wird ewig stehn,
Wird allen Stürmen trotzend, wachsen und gedeihen und nie untergeh'n.“

J. F. Führer

Standpunkt, begünstigt durch die sich aufdrängenden Tatsachen, durchsetzen. Daher wurde in Oesterreich auch kein „Führer der Arbeiterschaft“ ernannt wie anderswo und wie für andere soziale Schichten auch in Oesterreich, sondern es wurde mehreren Kontexten freie Bahn gelassen und auch demjenigen, den sich die Staatsführung vielleicht gelegentlich am ehesten als diesen Führer wünschte, statt der einseitigen Autorisierung und Legitimierung bestenfalls die Chance der Selbstdurchsetzung geboten. Wenn trotzdem diese Aktion, die von einer persönlichen Beglaubigung ausging, sich immer mehr durchgesetzt hat, sowohl innerpolitisch, als auch, was viel entscheidender ist, in weiteren Ausmaßen außenpolitisch, so daß, was einmal vorhanden ist, nicht

wird, in der die beiden Gruppen des „linken Konservatismus“ und des „rechtlichen Sozialismus“ kooperieren, von Oesterreich aus in andere Länder übergreift und wie für diese Länder etwas Vorbildliches schaffen, dann sind auch für diese Leistung, ebenso wie für die Entdeckung Oesterreichs, Dollfuß und der 25. Juli das Symbol.

Das ist die letzte und tiefste Schichte in dem Mythos Dollfuß, die wir bedingungslos bejahen. Mögen sich auch alle Einzelheiten des politischen Weges, den dieser Mann ging, einmal als Irrtum erweisen — der tiefe Instinkt aus der Bodenverbundenheit des österreichischen Bauerntums im Verein mit der Gewissenhaftigkeit, die ihn antrieb, haben ihn als den reinen Toren handeln lassen, der die Wiedergeburt Oesterreichs aus den Säften des Bauerntums und der Arbeiterschaft, den beiden wurzelhaften Urschichten des Volkes, grundgelegt hat.

es, wenn es nur will!

Rat und Hilfe

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir fortlaufend für Rentenbezieher, Opferanwaisen- und Amisbescheinigungsträger die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen, sowie die Auslegung der Gesetze an Hand von praktischen Beispielen. In unserer Rubrik „Rat und Hilfe“ wird jeder politisch Verfolgte über den Stand seiner Rechte orientiert, bezw. wird ihm bei der Erlangung seiner ihm gesetzlich zustehenden Rechte unsere Hilfe zuteil.

Außerdem werden in Hinkunft Briefe, die um Rechtsauskunft in allen, die politischen Verfolgten betreffenden Belange an die Redaktion ergehen, im „Freiheitskämpfer“ beantwortet.

Vorstandsmitglied Kamerad Franz Kittel, Mitglied der Rentenkommission bei der Landesregierung Wien, steht außerdem jeden Montag von 17—18 Uhr in der Redaktion, Wien I, Kärntner Straße 51, Zimmer 24, jedem ehemals politisch Verfolgten betreffs Auskunft und Beratung in allen Rentenangelegenheiten zur Verfügung.

Das Opferfürsorgegesetz - wie es geworden ist!

Wir entnehmen dem kürzlich erschienenen Buch „Das Opferfürsorgegesetz“ aus der Feder unserer KZ-Kameraden Mit.-Rat Eduard Tomaszek die nachfolgende Abhandlung. Tomaszek, der wir zu des unerwartlichen Schicksals dieses Gesetzes zählt, ist wohl der Befähigste, über den Werdegang des Gesetzes zu berichten.

Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft hat in Oesterreich nach dem Rücktritt der Regierung Dr. Schuschnigg, schon in den ersten Stunden des Kabinetts Dr. Seyß-Inquart, Oesterreicher wegen ihrer patriotischen Gesinnung, wegen ihrer Abwehrhaltung gegen den unösterreichischen Nationalsozialismus und Ablehnung einer Preisgabe der Selbständigkeit des österreichischen Staates verfolgt und in der Folge, nach völligem Anschluß, wegen ihres Kampfes um die Wiederherstellung der staatlichen Selbständigkeit Oesterreichs und um die Wiederherstellung der Demokratie in Oesterreich an ihrem Leben bedroht, ihnen an ihrer Gesundheit schwersten Schaden zugefügt.

Es war eine Selbstverständlichkeit, daß der wiedererstandene österreichische Staat dem Beispiel der anderen, größeren Staaten Europas nach ihrer Befreiung aus dem Hitlerjoch folgte und für die treuen Oesterreicher, die einen Einsatz im Kampf für die Freiheit und Selbständigkeit, für die Demokratie in Oesterreich getätigt und dieses Einsatzes wegen einen Schaden an Leben, Gesundheit oder Freiheit erlitten haben — gleichgültig, ob dieser Einsatz und diese Schädigung zur Zeit der Hitlerherrschaft oder zu einem früheren Zeitpunkte nach der Ausschaltung des Parlamentes in

Oesterreich erfolgte —, ein Gesetz schuf, das eine eigene Förderung und Fürsorge für diese Opfer ihres Patriotismus vorsah.

Mit 17. Juli 1945 erließ die provisorische österreichische Regierung das erste „Gesetz über die Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Oesterreich“ (Opferfürsorgegesetz, verlaubarnt im StGBI, Nr. 98/45).

Zu diesem Gesetz erschienen in der Folge eine Verordnung des Staatsamtes für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit dem Staatsamt für Finanzen am 31. Oktober 1945 über die Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Oesterreich (Opferfürsorgeverordnung, verlaubarnt im BGBl. Nr. 24/46) und zwei Durch-

führungserlasse des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 11. März 1946.

Die im § 10 des Opferfürsorgegesetzes 1945 vorgesehene Kommission für die Zuweisung von Renten zur Sicherung des Lebensunterhaltes für bedürftige Opfer oder deren Hinterbliebenen wurde bald im Wege der Praxis und dann auf Antrag des Bundesministeriums für soziale Verwaltung von der Bundesregierung zur Opferfürsorgekommission zur Beratung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung bei der Durchführung ausgeschrieben.

Dieses erste Opferfürsorgegesetz berücksichtigte nur die Opfer des aktiven Kampfes, nicht aber die passiven Opfer einer politischen Verfolgung. 1946 erwies die Handhabung des Gesetzes, daß die Berücksichtigung dieser Opfer schon im Hinblick auf eine derartige Gesetzespraxis in den anderen europäischen Kulturstaaten eine Notwendigkeit sei, wollte Oesterreich insbesondere nicht in den Ruf eines antisemitischen Staates kommen. Es erwies sich aber auch in der weiteren Folge, daß das Gesetz eine große Zahl von Personen nicht als Opfer und Hinterbliebene von Opfern anerkannte, die von der öffentlichen Meinung zweifellos als politische Opfer gewertet wurden, und daß die Nichtberücksichtigung dieses Opfer den Mißbrauch der Bezeichnung als politische Opfer durch Unwürdige erleichterte.

In enger Fühlungnahme mit den Vertretern der politisch Verfolgten, mit ihrer damals bestehenden Einheitsorganisation, dem Bunde der politisch Verfolgten, sowie mit den politischen Parteienvertretern in der Opferfürsorgekommission entstand der Entwurf eines neuen, bereich-
 30 g
 Marko

Anschreiben und einreden!

An die Verwaltung

„Der Freiheitskämpfer“

WIEN VIII

Laudongasse 16

ten Opfer wie bezüglich der Begünstigungen und der Fürsorge umfassenderen Opferfürsorgegesetzes.

Am 4. Juli 1947 beschloß der österreichische Nationalrat das neue, im Aufbau wie in seinen Auswirkungen gegenüber dem alten Gesetz der provisorischen Bundesregierung wesentlich erweiterte und veränderte Opferfürsorgegesetz, das im BGBl. Nr. 183/47 verkauflbar wurde und mit 2. September 1947 in Kraft trat.

Nach monatlichen Beratungen und praktischer Erprobung der Handhabung des neuen Gesetzes sind sodann auf Grund von drei aufeinanderfolgenden Entwürfen eines Durchführungsplanes entsprechende Durchführungsverordnungen zum Opferfürsorgegesetz mit dem ersten Opferfürsorgegesetz vom 15. Juli 1948 erschienen, der das Gesetz ausführlich kommentiert.

Das Opferfürsorgegesetz selbst hat sodann mit Beschluß des Nationalrates vom 18. Dezember 1947 — verkauflbar im BGBl. Nr. 29 des Jahres 1948 — seine erste Novellierung erfahren — erste Opferfürsorgenovelle —, die zwei textliche Berücksichtigungen und den Empfänger von Unterhaltsrenten die Berücksichtigung der seit der Beschlußfassung des Gesetzes im Jahre 1947 für Lohn- und Rentempfänger in Kraft getretenen Bestimmungen des 1. Lohn- und Preisabkommens durch Einführung eines 40prozentigen Teuerungszuschlages brachte.

Das 2. Lohn- und Preisabkommen mußte in der Folge auf die Empfänger von Unterhaltsrenten durch eine zweite Opferfürsorge novelle vom 13. Oktober 1948, BGBl. Nr. 218/48, zur Auswirkung gebracht werden.

Die im März 1948 erfolgte Auflösung des „Bundes der politisch Verfolgten“

machte es notwendig, das Opferfürsorgegesetz, in dem diesem Bunde verschiedene Rechte übertragen worden waren, im Wege einer dritten Opferfürsorgegesetznovelle abzurufen. Es lag auf der Hand, bei dieser Gelegenheit Unklarheiten, die sich in der Praxis gezeigt, und Härten, die sich aus der ursprünglichen Fassung ergeben hatten, zu beseitigen.

Aus diesem Gedankengang heraus brachten die Abgeordneten Rosa Jochmann, Hinterrdorfer, Mark, Rupp und Genau am 17. November 1948 einen Initiativantrag (164/A) ein, der dem Ausschuß für soziale Verwaltung zugewiesen wurde, der wieder zur Beratung einen Unterausschuß, bestehend aus dem Abgeordneten Eber, Geißlinger, Rosa Jochmann, Kysela, Lakowitsch, Mark und Rupp, einsetzte. Der Unterausschuß legte seinen Beratungen ein Gutachten der Opferfürsorgekommission zu Grunde, zu dem auch eine interministerielle Konferenz Stellung genommen hatte. Auf dieser Basis konnte im Unterausschuß vollkommene Einmütigkeit erzielt werden. In bezug auf die Bedeckungsfrage gelang es den von dem Unterausschuß beauftragten Abgeordneten Mark und Rupp in einer Aussprache mit dem Finanzminister dessen Zustimmung zu der im Entwurf vorgesehenen Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten zu erwirken, so daß der Ausschuß in seiner Sitzung vom 3. Februar 1949 die Vorschläge des Unterausschusses in Behandlung ziehen konnte.

Diese Novelle ermöglicht es, Opfern politischer Verfolgung Nachsicht von der vorgesehenen Nachweisung gewisser Voraussetzungen zu gewähren, insbesondere wenn mehrere Voraussetzungen wohl nicht zur Gänze erfüllt sind, aber in ihrer Gesamtheit diese Nachsicht

rechtfertigen. Sie erweitert vor allem den Kreis der Amtsbekleidungs-träger auf alle Opfer der politischen Verfolgung, die aus Gründen der Abstammung, Religion oder Nationalität ein Jahr in Haft oder mindestens sechs Monate in einem Konzentrationslager verbracht haben, aber auch auf die Hinterbliebenen aller derer, die aus politischen Gründen oder aus Gründen der Abstammung, Religion oder Nationalität während der Zeit des Faschismus ihr Leben verloren haben. Sie gibt gleichzeitig diesen Gruppen einen Anspruch auf dieselben Renten, wie sie Opfer des politischen Kampfes erlangen können.

Die Novelle regelt die Vertretung der politisch Verfolgten in den Rentenkommissionen der Länder und in der Opferfürsorgekommission, sie gibt auch den hinterbliebenen Kindern das Recht auf dieselben Fürsorgeleistungen wie den Kindern lebender Opfer und beseitigt in der Heilfürsorge zutage tretende Härten.

Die vierte Opferfürsorgegesetznovelle, die der Nationalrat am 14. Juli 1949 verabschiedete, brachte die sinngemäße Anwendung von Bestimmungen des Kriegsopferversorgungsgesetzes auch in den Fragen der Berufsausbildung, der Vergütung von Reisekosten anlässlich von Vorladungen, der Rentenumwandlung und der Begünstigungen im öffentlichen Personenverkehr auf politisch Verfolgte. Diese Novelle stellte weiters alle Opfer der politischen Verfolgung, die in Folge erlittener Haft oder Mißhandlungen schwere Gesundheitsschädigungen zu verzeichnen haben, den Opfern des politischen Kampfes gleich. Des weiteren erhöhte auch die Bestimmungen über den Kündigungsschutz und der Beschäftigungspflicht des Invalideinstellungs-gesetzes durch die Novelle Geltung für die politisch Geschädigten. Die vierte Novelle verankert aber auch wichtige und finanziell ins Gewicht fallende staatliche Begünstigungen für politisch Geschädigte, setzt das Ausmaß der aus dem Titel der steuerlichen Begünstigungen nach § 9 OFG, möglichen Steuerabzugspost ab 1. Jänner 1950 mit 1920 Schilling pro Steuerjahr, bzw. 160 Schilling pro Steuermonat fest.

Die Novelle bringt schließlich den Hinterbliebenen die Begünstigung, daß als niedrige Hinterbliebenenrente der für Witwen über 55 Jahre (statt wie bisher 43 Jahre) geltende Rentensatz des KOPG gilt, so daß nunmehr eine einheitliche Hinterbliebenenrente von S 140.— monatlich vorgesehen ist. Im Anschluß daran ist noch — um Schwankungen im Rentenbezug zu vermeiden — das Höchstmaß der Unterhaltsrente mit 411 Schilling pro Monat festgesetzt worden.

Abzuschicken an:

Ih (wir) bestellen) _____ Exemplar(e) der Zeitschrift

„Der Freiheitskämpfer“

und ersuchen) um Zusendung eines Erlagscheines.

Jahres-Abonnement: S 12.— inkl. Postversand

Halbjahres-Abonnement: S 6.— „ „

Vierteljahres-Abonnement: S 3.— „ „

(Nichtzutreffendes streichen)

Name: _____

Adresse: _____

ÖVP-KAMERADSCHAFT

UND BUND ÖSTERREICHISCHER FREIHEITSKÄMPFER

Kuratoriumssitzung in Wien

Wie bereits auf der Titelseite berichtet, hat am Freitag, den 3. Juni 1951, eine Sitzung des Kuratoriums stattgefunden. Es waren anwesend: Burgenland Nationalrat Anton Frisch, Steiermark Kamerad Parnernigg, Kärnten Kamerad Landtagsoberschiedener Wunder, Oberösterreich Kamerad Major a. D. Kichas, Salzburg Kamerad Major a. D. Kaiser, Tirol Kamerad Hornich,

Niederösterreich Kamerad Nationalrat a. D. Rupp, Wien die Kameraden Leinkauf, Hyross und Kittel. Die Tagesordnung sah die Diskussion über den Rücktritt Doktor Bock, seine Nachfolge sowie die Ereignisse um die Bundespräsidentenwahl vor. Die Tagung verlief im kameradschaftlichen Geist und stärkte wesentlich unsere Bewegung.

3. Hauptversammlung der ÖVP-Kameradschaft Salzburg

Sonntag, den 10. Juni 1951, fand im Haydn-Saal des Peterkollers in Salzburg die diesjährige Generalversammlung unserer Landesgruppe statt. Das starke Interesse an unserer Kameradschaft bewies nicht nur der erfreulich gute Besuch, sondern auch die rege Anteilnahme aller Kameradinnen und Kameraden, die in einer fast zweistündigen Diskussion zum Ausdruck kam. Unter den Gästen sah man auch unter anderen Vizebürgermeister Hofrat Bildmann. Der geschäftsführende Landesobmann Major a. D. Kaiser brachte einen erfreulichen Bericht von der Tätigkeit der Landesgruppe, während der Landesobmann Nationalrat Rainer in sehr leidenschaftlicher Rede die besonderen politischen Aufgaben der Kameradschaft im Lande Salzburg umriß. Kamerad Franz Kittel, der für das Kuratorium und die Wiener Kameradschaft an der Tagung teilnahm, setzte sich mit den schwebenden politischen Fragen auseinander und besprach eingehend die Sorgen und Wünsche der politisch Verfolgten. Mit Nachdruck verwies er auf die Bestrebungen der ewigen Österreicherin an national-liberalen Lager und betonte, von starkem Beifall unterstützt, die Aufgabe der Kameradschaft als Wächter in diesem Staate.

Besonders den Wiedergutmachungsfragen wurde in der Diskussion breiter Raum geschenkt. Nationalrat Rainer griff wiederholt ein und gab als Parlamentarier die notwendigen Aufklärungen.

In seltener Einhelligkeit wurde schließlich der Landesgruppenvorstand in nachfolgender Zusammensetzung gewählt:

Landesverbandsobmann: Nationalrat Hermann Rainer; geschäftsführender Obmann; Major a. D. Franz Kaiser; Beisitzer: Gendarmereitmeister a. D. Josef Gebertorfer, Regierungsrat Anton Porenta, Ludwig Unger, Bundesbahnbeamter i. R. Theodor Graber, Hausfrau.

Kontrolle: Dr. Hans Karlhuber, Rechnungsrat, Oberamtsrat Hans Felzner, Obermagistrat Anton Mensehl, Karl Kastner.

Schiedsgericht: Hofrat Dr. Max Platter, Oberregierungsrat Dr. Ludwig Zeller, Dr. Hans Krivanec, Kaufmann, wirklicher Amtsrat Lukas Vorhofer, Hans Ulrich, Vizeleutnant a. D.
Presseleiter: Chefredakteur Lois Grundner.

Der neugewählte Obmann Nationalrat Rainer schloß mit einem temperamentsvollen Appell zur Mitarbeit die eindrucksvolle Versammlung.

Mahnmalenthüllung in Melk an der Donau

Im Krematorium der ehemaligen Außenstelle Melk des Konzentrationslagers Mauthausen wurde kürzlich von der niederösterreichischen Landesregierung eine Gedenktafel angebracht. Zur Enthüllung versammelten sich am Sonntag, den 3. Juni, Vertreter der niederösterreichischen Landesregierung unter Führung von Landesrat Nationalrat Müllner, sowie die Vertreter der KZ-Verbände in Wehrmann an der Krematoriums. Nach einer eindrucksvollen Rede des Kameraden Landesrat Müllner wurde durch den Herrn Stadtpfarrer von Melk in Anwesenheit des hochwürdigen Herrn Prälaten die Gedenktafel nach der Enthüllung geweiht. Vizebürgermeister Schmidt der Stadtgemeinde Melk nahm die

Tafel in die Obhut der Gemeinde, Kamerad Nationalrat a. D. Rupp sprach über das Zustandekommen dieses Gedenktafel, über die ungeheuren Massaker, die sich hier abspielten und gedachte aller Opfer dieser grausamen Stätte. Für die Wiener Kameradschaft, von der auch Kamerad Vizepräsident Hyross erschienen war, sprach Kamerad Franz Kittel. Unter den Anwesenden sah man auch Sektionschef Doktor Vogelsang und starke Abordnungen der Kameradschaft aus Wien sowie Sankt Pöten.

Eine Kranzniederlegung der verschiedenen Verbände schloß die eindrucksvolle Kundgebung.

Kamerad Franz Stöger — ein Siebziger!

Wer den Bezirksvorsteher von der Wiener, Altgemeinderat Franz Stöger kennt, wird es kaum glauben, daß dieser agile, rüstige Mann, trotz der vielen Erlebnisse in seinem arbeitsreichen Leben schon ein Siebziger ist. Ja, am 18. Juni d. J. voll-

An unsere Lesee!

Der Märznummer unseres Blattes lag die Broschüre „Vom Klassenkampf zum Solidarismus“ bei. Einzelne Kameradinnen und Kameraden haben den dafür fälligen Betrag von S 4.— noch nicht bezahlt.

Wir bitten dieses Versäumnis nachzuholen und danken allen Kameradinnen und Kameraden herzlich!

Die Redaktion.

dete er in voller Schaffenskraft sein siebzigtes Lebensjahr. Die ganze Bevölkerung und viele seiner Freunde, an der Spitze der Bundeskanzler, waren unter seinen Gratulationen.

Franz Stöger zählt zu den Pionieren des Christentums und ist ein vorbildlicher Österreicher. Bereits in frühen Jahren galt seine Liebe der christlichsozialen Bewegung, die ihn an namhafte Positionen berief und schließlich auch als Mandatar in den Wiener Gemeinderat sandte. Kein Wunder, daß dieser Mann, der sich auch der vaterländischen Bewegung gegen den Nationalsozialismus resioz zur Verfügung gestellt hatte, unmittelbar nach dem deutschen Überfall auf Österreich 1938 in das Gefängnis und schließlich in das KZ Dachau gebracht wurde. Konnte man fürchten, daß sein schwacher Körper die Strapazen nicht überleben werde, so halfen ihm sein starker Wille und unbeeinträchtigte Glaube über alle Schwierigkeiten hinweg.

So steht er 1945 an der Spitze des vierten Wiener Gemeindebezirks, weit über die Grenzen seines Arbeitsbereiches bekannt. Auch wir als seine Leidensgefährten schließen uns den Gratulationen an und bitten den Herrgott, daß er Kameraden Stöger noch viele Jahre Schaffenskraft schenken möge!

Achtung, Niederösterreicher!

Im Monat Juli 1951 bleibt wegen Urlaub das Sekretariat des Landesverbandes Niederösterreich, Wien I, Löwelstraße 20, geschlossen. Es entfallen daher auch alle Sprechstunden beim Obmann Nationalrat außer Dienst Rupp sowie bei Sekretär Dir. Kusold.

Kamerad Schmoller, Salzburg, gestorben

Inserhalb eines Vierteljahres standen wir zum drittenmal an der Bahre eines Lieben und eines unserer besten Kameraden, um von ihm Abschied zu nehmen.

Kamerad Schmoller, ein in der Nazidiktatur schwerst Verfolgter, war einer der ersten Beamten, der im Jahre 1938 das Leid seiner politischen Verfolgung für seine österreichische Gesinnung und Treue erdulden mußte und dieses bittere Los bis zum Zusammenbruch des Dritten Reiches im Mai 1945 zu tragen hatte.

Sofort nach der Befreiung Österreichs im Mai 1945 hat sich Kamerad Schmoller als auch einer der ersten Beamten wieder dem Aufbau des österreichischen Staates zur Verfügung gestellt. Er wurde mit der Leitung und Wiederaufrichtung des Telefon- und Telegraphenwesens in Salzburg, welches vollkommen brach gelegt war, betraut und hat auch diese Aufgabe Jahre hindurch mit ganz unzulänglichen Mitteln gelöst. Der große Ausbau des Fernsprechanstaltens in Salzburg ist in erster Linie sein Werk.

Es muß auch festgestellt werden, daß Schmoller, obwohl er schon krank war, jedoch trotzdem seinen Dienst versehen hat, nicht krankheitsbedingt im Herbst des ver-

gangenen Jahres in Pension gegangen ist, sondern er sich diesem sehr bemüht hat, daß er noch bis zum 1. Jänner 1951 im Dienste verbleiben kann, da er das 60. Lebensjahr schon überschritten hatte.

Nationalräte und andere einflußreiche Persönlichkeiten bemühten sich, daß diese Begünstigung dem Kameraden Schmoller als schwer politisch Verfolgten und als auch tüchtigen und fähigen leitenden Beamten zuteil werde. Aber die Generaldirektion für Post- und Telegraphenwesen in Wien hatte dafür nur taube Ohren und Schmoller mußte wegen Überschreitung der Altersgrenze im Herbst vergangenen Jahres in Pension gehen.

So sah der Dank des Vaterlandes für einen tüchtigen und fähigen Beamten aus, einem Beamten, der für seine österreichertreue gelitten hat. Wahrscheinlich haben sich gewisse Gewerkschafts- und Personalvertretungskreise bei der Generaldirektion in Wien eingeschaltet, weil Schmoller nicht der Gewerkschaft als Mitglied angehört — deshalb mußte er vom aktiven Dienst entfernt werden.

Schmoller war ein alter österreichischer Beamter vom Scheitel bis zur Sohle, ein linientreuer Österreicher, ihm möge die Erde leicht sein!

Briefe an die Redaktion

Jugend und Freiheitskampf

Mit Freuden habe ich den Brief des Jugendführers Felix Bartl gelesen und gesehen, wie richtig er die Lage erkannt hat. In der Zwischenzeit hat uns eine zweite Wahl gezeigt, wie es um das christliche Österreich bestellt ist. Meiner Meinung nach tritt jetzt an uns Freiheitskämpfer und politisch Verfolgte eine neue Aufgabe heran. Bisher haben wir immer das Doch verbessern wollen und haben vergessen, daß

Die nächste Nummer des „Freiheitskämpfer“

erscheint als Doppelnummer am 1. August 1951. Redaktionsschluß: 21. Juli 1951. Bis zu diesem Zeitpunkt nicht eingelangte Manuskripte oder Berichte können nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Sprechstunden

in „Rat und Hilfe“ des Kameraden K. Mittel entfallen im Monat August 1951.

wir auf einem festen Grundstein neu aufbauen müssen und vor allem junge Steine einzufügen haben. Die junge Generation muß von unserem Geist für ein freies, demokratisches Österreich erfaßt und begeistert werden. Kein neuer Jugendverband soll entstehen, der schon vorhandene muß ausgebaut werden! Man muß der Jugend wieder von österreichischer Vergangenheit und Größe sprechen. Hat es auch nicht gefallen, als die Jugend bei der Weihe inse-

ren Dachauer Kreuzes mit Ernst und strammer Haltung dabei gewesen ist? Die ÖVP hat es leider verstanden, die Versprechen der Jugend gegenüber nach der Wahl 1949 einzulösen. Es wird Zeit, wollen wir nicht wieder im KZ landen, daß wir uns unserer Jugend annehmen und für sie uns einsetzen.

Was wäre nun zu tun? Wir lehnen es entschieden ab, uns immer aufs KZ zu berufen und wollen auch keinen Haß predigen, sondern helfen! Wir wollen die Freiheitskämpfer, die die Bundesjugendführung der ÖJB leiten, unterstützen. Der eine ist in der Lage, eine finanzielle Zuwendung zu machen. Er macht es gerne, denn er weiß selbst aus seinen jungen Tagen, daß die Jugend immer Geld brauchen kann. Ein anderer stützt seine Kenntnisse als Mitarbeiter, Vortragender oder Referent zur Verfügung. Die Jugend braucht außer der materiellen vor allem die ideelle Unterstützung. Auf alle Fälle wollen wir aber ein offenes Auge für unsere Buben und Mädchen im grünen Hemd haben. Für uns ist es auch selbstverständlich, daß unsere Kinder in den Gruppen der ÖJB mitarbeiten, denn wir sollten wir sie sonst hinrichten, damit sie sich im Kreise Gleichgesinnter wohlfühlen können?

Jetzt kommt wieder die Feiertzeit. Ein feines Hemd wartet auf eure Buben in Wotzdorf, unweit des Grabes des großen Österreichers Radetzky. Erfahrene Jugendführer leiten dieses Erholungslager in unseren Sims. Warum älgerst ihr noch, eure Buben hinzuschicken? Näheres könnt ihr jederzeit in der Falkstraße 3 erfahren.

Alle Kameraden, ihr seht, viele Möglichkeiten gibt es, um unserer Jugend helfen zu können. Erinnert euch doch noch, wie stolz wir in den Kampfzügen waren, wenn junge Menschen Schuster an Schuster mit uns für Österreich gekämpft haben. Mühen, es ist Zeit! Das Vaterland braucht uns, aber sich eine gute christlich-österreichische Jugend und für sie tragen wir die Verantwortung!

S. K.

Sehr geehrter Kamerad!

Nachstehende Lieder ohne eigene Worte können einen wirklichen Österreicher unendlich traurig stimmen und für die Zukunft das Schlimmste bedürfen lassen.

1. Feststellungen einer Untervergängerin der ÖeVP: ÖeVP-Kameradschaft: „Der Freiheitskämpfer“, 4. Jahrgang, Nr. 5 vom 25. Mai 1951: a) Artikel „Die Lehren aus einer Wahl“ von Nationalrat Dr. Bock; b) „Die junge Generation zum Wahlzusage“ von Anton Hanika; c) „Haben wir das schon alles vergessen?“ von c. c.

2. Indirekte Antwort darauf von der Par-

Abonnieren auch Sie den „Freiheitskämpfer“

Jeder, dem es wirklich ernst mit seiner österreichischen Gesinnung ist, unterstützt unseren Kampf für Freiheit und Recht.

Verteilung der ÖeVP: Das Kommissariat der Parteilassung über die „Junge Front“.

3. Das Resultat: A) Ich glänze aus dem „Kurier“ vom 19. Mai: Ein Werbeleiter und natürlich Dipl.-Ing. der Sprengmittel-fabrik Lambach zeichnet an Stelle herabgeringerer Bilder das Bild des Führers auf und verleiht hierzu noch fünf weitere Personen. B) „Kurier“ vom 21. Mai 1951: Der aus öffentlichen Mitteln bezahlte „Jugendessleher“, Bezirkschulinspektor (?) und Oberlehrer von Weiz probt mit der 30 Mann starken Stadtkapelle von Weiz das Horst-Wessel-Lied!

Dafür habe ich bei Gestalt nicht gekämpft, gelitten, geangert, bin zum Bettler geworden und habe schließlich meine Gesundheit verloren!

Mit den kameradschaftlichsten Grüßen bin ich dein ergabster

C. Zauner, Wien

Herausgeber: ÖeVP-Kameradschaft des politischen Verlegers und Bund österreichischer Freiwirtschaftler, Wien I, Falkstraße 3 — Redaktion und verantwortl.: Franz Kral, Wien I, Kärntner Straße 21 — Eigentümer und Verleger: Oswald reitberger Verlag, Wien VIII, Brozowitzer 3 — Verwaltung und Anstalt: Wien VIII, Laubengasse 18 — Druck: H. Falser, Fährner, Wimmer, Postwörth, Wien III, Heupost 20